

Die Angst des Neoliberalismus vor der Demokratie

Autor(en): **Künzli, Arnold**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **98 (2004)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144483>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Angst des Neoliberalismus vor der Demokratie

Arnold Künzli ist ein scharfsinniger Kritiker des Neoliberalismus. In seinem neuen Essay befasst er sich vor allem mit Artikeln von Gerhard Schwarz (G.S.), dem Wirtschaftsredaktor der NZZ, der sich die Marktwirtschaft anders als kapitalistisch nicht denken kann und sie nicht einmal mit sozialen oder ökologischen Adjektiven garnieren will. Künzli weist nach, dass diese neoliberale «pensée unique» nicht nur ahistorisch, sondern auch nicht demokratieverträglich ist. Der Ruf neoliberaler Ökonomen nach Demokratie-Abbau bringt es an den Tag. G.S. verabschiedet sich überhaupt von der These, «Marktwirtschaft und Demokratie gehörten zusammen wie Zwillinge». Der Staat, auch der autoritäre, muss sich gegenüber der Ökonomie als Antistaat verhalten. In der neoliberalen Optik befreit er die Menschen aus verordneter «Zwangssolidarität» und fördert so die zwischenmenschliche Hilfe. Wie das in einem System möglich sein soll, das auf dem Prinzip der egoistischen Selbstbehauptung beruht, ist einer der Widersprüche, in die sich Neoliberale ihren Wunschvorstellungen zuliebe verheddern.

Red.

*Hat man viel, so wird man bald
Noch viel mehr dazu bekommen.
Wer nur wenig hat, dem wird
Auch das Wenige genommen.*

*Wenn du aber gar nichts hast,
Ach, so lasse dich begraben –
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur die etwas haben.*

Heinrich Heine

Wie Gerhard Schwarz Kommunismus und Kapitalismus versöhnt

Tito Tettamanti hatte eingeladen. Er präsidiert einen «Verein Zivilgesellschaft», und diskutiert wurde im Tagungszentrum Wolfsberg in Ermatingen über das Thema «Demokratie – Staatsform der Zukunft?» Das Fragezeichen unterstellt, dass man sich die Zukunft auch ohne Demokratie vorstellen könnte. Diese Frage musste einen Mann wie Gerhard Schwarz, Chef der Wirtschaftsredaktion der Neuen Zürcher Zeitung, umso mehr interessieren, als einer der Workshops dem Thema «Wirtschaftsdemokratie» gewidmet war. Freilich war seine Meinung zu diesem Thema längst gemacht, stellte er doch in seinem Bericht über diese Tagung lapidar fest: ««Wirtschaftsdemokratie»... ist dies überhaupt ein sinnvoller Begriff? Wohl kaum» (NZZ 10.11.03). Man sei sich denn auch weitgehend einig gewesen, «dass die Demokratie in den Unternehmen wenig zu suchen hat». Selbst die Sozialdemokraten hätten ja «mehrheitlich vom einstigen Traum der Demokratisierung der Wirtschaft Abstand genommen».

Dem kann nicht widersprochen werden, haben die Sozialdemokraten doch endlich erkannt, dass Kapitalismus und echte Demokratie unvereinbar sind, und sich deshalb von der Idee einer «Wirtschaftsdemokratie» verabschiedet. In der Interpretation von Gerhard Schwarz heisst dies, dass die Sozialdemokraten nach ihrem halsbrecherischen Kopfstand, den sie in der Vergangenheit im

Namen eines *demokratischen Sozialismus* vollbrachten, der auch für die Wirtschaft Geltung besitze, endlich wieder auf den Füßen stehen.

So lobt G.S. denn die heutige Möglichkeit, «leicht ... den Arbeitgeber zu wechseln», was «in Verbindung mit der ‹Drohung› der Abwanderung zur Konkurrenz die Rechte der Mitarbeiter wohl besser als gesetzliche Vorschriften» wahrt. Fazit: «Überhaupt scheint, etwas verkürzt, in der Politik ‹Voice› die zentrale und adäquate Strategie zur Sicherung der Rechte des Individuums darzustellen, in der Wirtschaft dagegen ‹Exit›, also die Abstimmung mit den Füßen.»

Glücklicherweise hat Gott den Menschen mit Füßen geschaffen, anders er seine Rechte als Individuum am Arbeitsplatz nicht wahren könnte. So kann er zu seinem Vergnügen von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz wandern, merkwürdigerweise genau so wie der *junge Marx* sich den Kommunismus vorgestellt hat, träumte er doch von einer «kommunistischen Gesellschaft», die es dem Einzelnen erlaubt, «heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe»¹. Endlich haben Kommunismus und Kapitalismus sich veröhnt. Dank ihrer Füße. Freilich, da permanentes Wandern müde macht, hat unsere menschenfreundliche Wirtschaft auch noch für Erholungsmöglichkeiten in Form von Arbeitslosigkeit gesorgt, von denen verständlicherweise eifrig Gebrauch gemacht wird. Etwas peinlich ist lediglich, dass der Begriff «Exit», der nach G.S. diesem idyllischen Zustand den adäquaten Namen verleiht, bereits von einer anderen Organisation in Anspruch genommen wird: für Sterbehilfe.

Marktwirtschaft ersetzt Religion und Couch

Die Artikel von G.S. lese ich seit vielen Jahren mit besonderer Aufmerksamkeit und ebensolchem Gewinn. Einmal, weil



sie sich durch ein im Wirtschaftsjournalismus nicht alltägliches *intellektuelles Niveau* auszeichnen, zum andern wegen der profunden Sachkenntnis ihres Autors und seinen klaren Analysen, die gelegentlich auch vor einer harschen Selbstkritik nicht zurückschrecken, und nicht zuletzt wegen ihrer gepflegten Sprache. Für den, der sich über die Theorie und Praxis des herrschenden Wirtschaftssystems informieren will, bilden sie eine unersetzliche Fundgrube. Da ich deshalb diese Artikel auch fleissig sammle, habe ich mir vorgenommen, aufgeschreckt durch die zitierte «Voice and Exit»-Philosophie von G.S., einmal die von ihm in den letzten Jahren veröffentlichten Artikel daraufhin zu konsultieren, was er zum Verhältnis von Demokratie und (neo)liberaler Wirtschaft zu sagen hat. Man muss im Folgenden im Auge behalten, dass heute immer bloss von einer «freien Marktwirtschaft» gesprochen und der Begriff «*kapitalistische Marktwirtschaft*» sorgsam vermieden wird. Was unterstellt, dass eine andere als eine kapitalistische undenkbar sei. Aber haben nicht schon die alten Griechen auf ihrer Agora eine nicht-kapitalistische, das heisst nicht profitorientierte Marktwirtschaft vorgelebt, die einzig dem notwendigen Tausch dienete?

1996 veröffentlichte G.S. unter dem Titel «Die Marktwirtschaft in einer Glaubwürdigkeitskrise» (NZZ 10./11.8.96) einen Artikel, in dem er den – angeblich – durch den freien Markt bewirkten «sozialen Ausgleich» gegen den durch den Staat «erzwungenen» verteidigt. Seine Begründung: der Staat «anonymisiert die Zwischenmenschlichkeit». Deshalb «sollte in einer menschengerechten liberalen Wirtschaftsordnung mehr Raum geschaffen werden für die spontane und herzliche Hilfe von Mensch zu Mensch». Als «Vorbild» einer solchen herzlichen Hilfe nennt G.S. *David Packard*, der in seinem Testament mehrere Milliarden Dollar für *gemeinnützige Zwecke* zur

Verfügung gestellt habe: «Solche Taten helfen mehr als alles andere, die Glaubwürdigkeit der Marktwirtschaft zu sichern.» Wie rührend, man wähnt sich in der Heilsarmee. Gespannt warten wir nun auf die Testamente unserer Wirtschaftsbosse. Aber offenbar ist es mit dem «sozialen Ausgleich», den die kapitalistische Marktwirtschaft bewirke, doch nicht so weit her, wenn ihre Kapitäne aufgefordert werden müssen, in ihren Testamenten Almosen zu verteilen. Und wo bleibt die herzliche Hilfe von Mensch zu Mensch, wenn Konzerne «Exit» praktizieren und über Nacht Tausende ihrer Mitarbeiter zum Wandern auffordern? Werden diesen auch, wie wandernden Managern, Millionen nachgeworfen? Wahrlich, was ist eine anonyme, kalte, herzlose staatliche Sozialhilfe verglichen mit der menschlichen Wärme und Herzlichkeit, die in unseren Banken und Unternehmen herrschen!

Ein *Max Weber*, einer der überragenden Denker des vergangenen Jahrhunderts, hat schon die Begründung dafür geliefert, warum G.S. an die Almosenmoral unserer Wirtschaftskapitäne appellieren muss: «Wo der Markt seiner Eigengesetzlichkeit überlassen ist, kennt er nur Ansehen der Sache, kein Ansehen der Person, keine Brüderlichkeits- und Pietätspflichten ... Sie alle bilden Hemmungen der freien Entfaltung der nackten Marktvergemeinschaftung...»²

In einem Vortrag vor der «Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Basel» ergänzte G.S. seine Philosophie einer kapitalistischen Warmherzlichkeit noch mit der Feststellung: «Die Marktwirtschaft ... ist eine Ordnung eben nicht nur für den Kopf, sondern auch für das Gemüt.»³ Einmal die Füsse, einmal das Gemüt, Leib und Seele befinden sich dank dieser versöhnlichen Marktwirtschaft im Einklang.

«Gemüt», so lehrt mich mein philosophisches Wörterbuch, ist «eine nur der deutschen Sprache eigentümliche Bezeichnung für die enge Einheit des gei-

stigen und sinnlichen Gefühlslebens, für die Innerlichkeit der Seele».⁴ Die kapitalistische Marktwirtschaft bewirkt Wunder, sie ersetzt Pfarrer und Therapeuten, tritt an die Stelle von Religion und Couch. Sie verhilft dem Menschen zum inneren Frieden. Man überzeuge sich mit einem Blick auf das gemütvoll Geschehen in einer *Börse*.

«Der Einzige und sein Eigentum»

«Privatheit – Sauerstoff der Freiheit», überschreibt G.S. einen weiteren Artikel, in dem er warnt: «Das Private ist in Gefahr» (NZZ 14.4.01). Er beklagt den «Verlust an Privatheit, mit dem ein Verlust der Scham einhergeht». Ist also der die Privatheit aufhebende Staat verantwortlich für die unfassbare Schamlosigkeit, mit der man sich in den Chefetagen gegenseitig Millionen in die Taschen jubelt? Offenbar, denn nach G.S. wird «das Private *fälschlicherweise* (von G.S. unterstrichen, A.K.) als Gefährdung des Gemeinwohls verstanden». Diese *Privatheit* als Sauerstoff der Freiheit ist durch das *Privatrecht* zu schützen, aber «dazu gehört allerdings zuvörderst eine klare Stärkung der Eigentumsrechte», gehören doch «Privatrecht und Privateigentum untrennbar zusammen.» G.S. unterlässt es freilich, zwischen Gebrauchseigentum und Eigentum an den Produktionsmitteln zu unterscheiden.

Diese unlösbare Verbindung von Privatheit und *Eigentum* als Sauerstoff der Freiheit erinnert an ein vor hundertfünfzig Jahren erschienenes Werk, das in der politischen Philosophie zu einiger Berühmtheit gelangt ist: *Max Stirners* «Der Einzige und sein Eigentum»⁵. Stirner war ein philosophischer Anarchist und er hat, indem er die Freiheit des privaten Eigentums vor einer staatlichen Bevormundung bis zur Absurdität verabsolutierte, die Gefahren aufgedeckt, die jeder Theorie und Praxis innewohnen, die sich das Heil von einer unantastbaren Freiheit des Eigentums versprechen: «Mir geht nichts über

Mich!»⁶ lautet sein Wahlspruch. «Darum sind Wir beide, der Staat und Ich, Feinde.» Die menschliche Gesellschaft will er in einen «Verein von Egoisten» verwandeln.⁷ «Ich bin der Todfeind des Staates ... Im Staate gibt es kein Eigentum, d.h. kein Eigentum des Einzelnen...»⁸ «Auf das Eigentum zurückzukommen, so ist der Eigentümer der Herr. Wähle dann, ob du der Herr sein willst, oder die Gesellschaft Herrin sein soll... Der Egoist ist Eigner, der Sociale ein Lump.»⁹

Freilich – Stirners Eigentumsphilosophie ist eine *Karikatur* und wirkt absurd. Aber wie jede gute Karikatur steigert sie einen umstrittenen Sachverhalt bis ins Extrem der Absurdität, um dadurch die Aufmerksamkeit des Betrachters oder hier des Lesers auf diesen zu lenken. Stirner wird denn hier auch deshalb zitiert, weil seine Karikatur – die er allerdings nicht als solche empfand – die Gefahren aufdeckt, die einer radikal wirtschaftsliberalen und staatsfeindlichen – damit bei uns: demokratiefeindlichen – Eigentumsphilosophie, wie G.S. sie vertritt, innewohnen. Das lässt sich sehr schön an einem *fundamentalen Widerspruch* erkennen, der diese Philosophie und deren Praxis heute kennzeichnet.

Moralischer Zeigefinger trotz amoralischer Egoismustheorie

Einerseits beruft G.S. sich in einer Polemik gegen den «Kollektivneid», den die «Neidagitatoren ... unter dem Titel der sozialen Gerechtigkeit schüren», auf «den grossen Liberalen Bernard de Mandeville» mit seinem «private vice», das zum «public benefit» führe (NZZ 6./7.3.99). Er meint damit Mandevilles berühmte «Bienenfabel» (1714), der dieser den Titel gab: «The Fable of the Bees or Private Vices Made Public Benefits», eine Fabel, die verkündet, dass aus den *privaten Lastern* der Menschen der *allgemeine Wohlstand* hervorgehe. Diese Bienenfabel Mandevilles ist über die Jahr-

hunderte hinweg immer wieder als Wahlspruch jenes ökonomischen Liberalismus bezeichnet worden, den Mandevilles Jahrhundertgenosse *Adam Smith* mit seiner «unsichtbaren Hand» begründete, die aus dem Eigennutz der Produzenten den Wohlstand der Nationen hervorzaubere. Mandeville sagt das weniger dezent: Frönt euren Lastern, dann produziert ihr das allgemeine Wohl. Wie G.S. es fertig bringt, seine Gemüts-, Herzlichkeits- und Almosenwirtschaft mit dieser kruden *amoralischen Egoismustheorie*, zu der er sich ebenfalls bekennt, in Einklang zu bringen, bleibt unerfindlich.

Aber wenn nun die Verantwortlichen der Wirtschaft tatsächlich ausgiebig dem Laster eines ungehemmten Eigennutzes frönen – dem «*auri sacra fames*», der «heiligen Gier nach Gold», die Max Weber als «Geist des Kapitalismus» definiert¹⁰ –, dann schreit G.S. auf und ruft nach *Moral*, wo er doch eigentlich jublieren sollte. So schreibt er in seiner Silvesterbilanz des Jahres 2002 sichtlich enttäuscht, dass sich die wirtschaftlichen Verwalter des Privateigentums – «Anleger, Börsenanalytiker und Manager» – «hochgeschaukelt» hätten, «nicht zum Wohl der Aktionäre und nicht zum Wohl der Gesellschaft insgesamt». Wie kaum ein Jahr der Nachkriegszeit sei 2002 «ein Jahr der Enttäuschung, der Ratlosigkeit, der Ernüchterung, der Sorge und ... der Zermürbung» gewesen. Schuld daran sei die «unbegrenzte Gier», eine «Mischung aus Masslosigkeit und Machbarkeitsglaube» (NZZ 31.12.02). Zwei Monate später prangert er die «unter fast allen Aspekten ungesunden Jahre der New Economy» an (NZZ 26.2.03) und spricht in einem weiteren Artikel schon im Titel «Von der schwierigen Zähmung der Macht der Manager» (NZZ 10.6.03).

Respekt vor der Redlichkeit des Verfassers, der die Realität, auch wenn sie seiner Theorie widerspricht, nicht beschönigt und Schuldige beim Namen nennt. Aber wie in aller Welt kann man

sich einerseits auf die Laster-Theorie von Mandeville berufen, um dann, wenn die Verantwortlichen sich tatsächlich lasterhaft verhalten, den moralischen Zeigefinger zu erheben und diese im Namen des allgemeinen Wohls zur Ordnung zu rufen? Hat da die unsichtbare Hand versagt?

Marktfundamentalismus – bis zur Diktatur

Dieser Exkurs in die Theorie einer Letztbegründung des auf einen «*homo oeconomicus*» bauenden Wirtschaftsliberalismus, lies Kapitalismus, war notwendig, um eine theoretische Basis für die Diskussion des Verhältnisses von (*Neo*)-*Liberalismus und politischer Demokratie* zu gewinnen. Dieses Verhältnis ist fundamental getrübt, treten doch beide Seiten mit einem Machtanspruch auf. In der Sprache von G.S.: «*Voice*» contra «*Exit*». Die Demokratie im Namen der Würde, der Rechte, der Freiheit, der Mündigkeit des Menschen, der Selbstbestimmung. Der (*Neo*)-Liberalismus im Namen einer transzendenten «unsichtbaren Hand», die sich des Eigennutzes der Menschen bedient, um aus dem Spiel der Egoisten den Wohlstand der Gesellschaft hervorzaubern zu können. Dort der mündige *Citoyen*, hier der *Bourgeois* als Marionette der unsichtbaren Hand.

Man könnte nun sagen: So weit, so schlecht, der Mensch ist nun einmal ein unvollkommenes Konflikt- und Mangelwesen, das primär von seinem Eigennutz geleitet wird und, wenn die weise «unsichtbare Hand» diesen benutzt, um der Gesellschaft zum Wohlstand zu verhelfen, dann à la bonne heure, pfeifen wir halt in der Wirtschaft auf die Demokratie und schützen wir jene vor dieser. Dieser Kampf der beiden Reiche hat sich heute in bedenklicher Weise zugespitzt, da mit der *Globalisierung des Kapitalismus* die *lokalisiert bleibende Demokratie* immer mehr in Bedrängnis gerät.

Aber das Verhältnis von Demokratie

und Wirtschaft war schon immer gespannt. G.S. hat 1992 die verbrecherische *Militärdiktatur General Pinochets* in Chile einen «wirtschaftspolitischen Modellfall» genannt und die «bequeme» These verworfen, «Marktwirtschaft und Demokratie gehörten zusammen wie Zwillinge» (NZZ 11./12.1.92). Er hat diesen chilenischen Modellfall den damals eben aus der kommunistischen Diktatur entlassenen osteuropäischen Staaten zur Nachahmung empfohlen, da sie sonst Gefahr liefen, «in einen zum Scheitern verurteilten «Dritten Weg» zwischen Plan und Markt zu münden». Die offen geäußerte Sympathie von G.S. für das chilenische Wirtschaftsexperiment wird verständlich, wenn man weiss, dass Pinochet – gelenkt von der unsichtbaren Hand? – eine Anzahl der vom ideologischen Guru des (Neo)Liberalismus *Milton Friedman* ausgebildeten «Chicago Boys» ins Land geholt und ihnen die Gestaltung der chilenischen Wirtschaft anvertraut hatte. (Dasselbe hat Jelzin in Russland getan, man weiss, mit welchem Erfolg.) Frage an G.S.: Wie bringt man einen Pinochet in einen schöpferischen Zusammenhang mit menschlicher Wärme, Gemüt, Innerlichkeit der Seele...?

G.S. sind einige Jahre später offensichtlich *Zweifel* gekommen, ob seine stillschweigende Akzeptanz eines der übelsten Verbrecherregimes, vorausgesetzt, es lässt dem Kapitalismus freien Lauf, und damit seine Indolenz der Demokratie gegenüber durch eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft honoriert wird. Er nennt es nun einen «Wermutstropfen ..., dass wirtschaftliche Freiheit nicht unbedingt mit einem uneingeschränkten Wahlrecht einher geht. Immerhin lässt sich längerfristig Diktatur nicht auf Marktwirtschaft reimen» (NZZ 3./4.2.96). Aber kurzfristig offenbar doch. Das ist also kein Bekenntnis zur Demokratie, und G.S. spricht denn auch von «marktwirtschaftlichen Gesetzen», denen sich die

Demokratie zu fügen hat. Immer wieder verkündet er, «dass es ökonomische Gesetze gibt, an denen die Politik nicht ungestraft vorbeigehen kann». Deshalb könne nicht von einem «Markt-Totalitarismus – welch gedankenloses Wort! –» gesprochen werden (NZZ 6./7.9.97).

Nochmals: Respekt vor G.S.' Bereitschaft zu einer Selbstkritik. Aber diese macht vor den «marktwirtschaftlichen Gesetzen» halt, die offenbar naturgegeben sind und für alle Zeiten für jede Wirtschaft gelten. Das ist ein *ahistorisches Denken*, das die für eine kapitalistische Wirtschaft geltenden Gesetze so verabsolutiert, als wären sie auf Moses'



Gesetzestafeln eingeschrieben gewesen. Dass es auch andere und vielleicht sogar humanere Wirtschaftssysteme geben kann, ist für einen Neoliberalen undenkbar. Der *Totalitarismus und Absolutismus*, um nicht zu sagen: Fundamentalismus, einer solchen (neo)liberalen Wirtschaftstheorie – die Franzosen sprechen da von einer «pensée unique» – zeigt sich in deren Anspruch, für alle Zeiten zu gelten und gegen eine demokratische Willensbildung immun zu sein. G.S. spricht in diesem Sinne von einer «Unabänderlichkeit ökonomischer Gesetze», die wie Gottes Wort nicht mehr hinterfragt werden können und dürfen, und er kritisiert den «politischen Machbarkeitsglauben», der das einen «Imperia-

Postkartenaktion
der Anti-WEF-
Kampagne
(www.perspektiven-nachdavos.ch)

lismus der Ökonomie» nenne (NZZ 3 I. 12.98).

Demokratiefalle oder Totalitarismusfalle?

Bedenklich, dass ein *Franz Steinegger* als Wortführer des «Freisinns» diesen Totalitarismus einer Wirtschaftstheorie akzeptiert. Er schrieb 1998: «Bei wirtschaftlichen Entwicklungen kann der Staat nichts Entscheidendes bewirken. Die logisch fundierte Erkenntnis, dass die Gesetze der Wirtschaft durch Willenserklärungen von Politikern, Parlamenten und Volksabstimmungen auf Dauer nicht veränderbar sind, kann nicht durch Wunschvorstellungen ersetzt werden... Im schwierigen Anpassungsprozess, in dem wir uns befinden ..., hat die Politik das letzte Wort, es besteht aber der Primat der Ökonomie» (NZZ 3./4.1.98). Merkwürdige Logik.

Besonderen Sukkurs erhält G.S. weiter von Professorensseite. So etwa vom Basler Nationalökonom *Silvio Borner*, der die direkte Demokratie entmannen möchte (NZZ 22./23.3.97). In seinem «Entwurf einer Therapie für die Schweizer Wirtschaft» fordert er institutionelle Reformen: «Erstens Verzicht der Bundesratsparteien auf gegenläufige Referenden und Initiativen... Zweitens eine Reform der Sozialpartnerschaft (Referendumsverbot für Mitglieder der Regierungskoalition bzw. die an der Partnerschaft Beteiligten.) Drittens eine institutionelle Reform der Volksrechte im Sinne einer Umkehr des bisherigen kontinuierlichen Ausbaus (Reform der direkten Demokratie).» Das tönt nach *Polizeistaat*: Hier werden der Politik von der Wirtschaft Verbote einer demokratischen Willensbildung auferlegt.

Noch weiter geht *Thomas Straubhaar*, ein Schweizer Professor in Deutschland und Präsident des Hamburger Wirtschaftsarchivs. In einem Interview, das die Basler Zeitung unter dem Titel veröffentlichte: «Zuviel Demokratie schadet dem Wachstum» (BaZ 15./16.5.04),

antwortete er auf die Frage: «Welche Auswirkungen hat die Demokratie auf die Wirtschaft?»: «Der Wirtschafts-nobelpreisträger Friedrich August von Hayek sagte, dass zu viel Demokratie bei sehr komplexen Verhältnissen das Wachstum erschwert. In einer globalisierten, sich schnell verändernden Umwelt können sich Demokratien möglicherweise nicht schnell genug anpassen. Dazu besteht die Gefahr, insbesondere bei der direkten Demokratie, dass Interessengruppen ... den demokratischen Prozess kontrollieren können.» *Deutschland* zeige, «dass auch indirekte Demokratien in die Demokratiefalle laufen können». Den Begriff «Demokratiefalle» muss man sich merken. In Wahrheit läuft die Demokratie heute Gefahr, in die Totalitarismusfalle einer sich absolut setzenden globalisierten kapitalistischen Wirtschaft zu laufen.

Man wird das beklemmende Gefühl nicht los, diese Nationalökonomien würden am liebsten die Demokratie ganz abschaffen, auf dem Altar der Wirtschaft deren Gott Mammon als Opfer darbringen. Aber diese Ökonomen haben ja recht: In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das nur gedeihen kann – einigermassen, mit all seinen nefasten Seiten – wenn es sich der *Zwangsneurose*, permanent *wachsen zu müssen*, unterwirft, ist die demokratische Willensbildung mündiger Citoyens und Citoyennes kontraproduktiv.

Die Demokratie in ihrer geschichtlichen Entwicklung von den alten Griechen bis heute ist eine der *grössten Kulturleistungen* der Menschheit. Wenn nun diese Demokratie sich als unvereinbar mit einem Wirtschaftssystem erweist, dessen Motor die «private vices» der ihrer Habsucht frönenden Wirtschaftssubjekte sind, – sollte da nicht eher das Wirtschaftssystem geändert als die Demokratie aufgehoben werden?

Aber in einem Artikel über «Die Strukturhaltungsfalle» (NZZ 29./30.3.97) – schon wieder eine Falle! – verdäch-

tigt G.S. unsere demokratischen Strukturen, einen *Populismus* zu fördern: «Wenn Populismus die Kombination von falscher Angstmacherei und falschen Versprechungen ist, dann ist der Einsatz von Staat und Gewerkschaften gegen (freundliche oder ‹feindliche›) Zusammenschlüsse, gegen Stellenabbau ... Populismus in Reinkultur.» Man liest richtig: Der Einsatz demokratischer Institutionen gegen Stellenabbau ist Populismus. In Reinkultur!

Professor *Beat Bürgenmeier* von der Universität Genf sieht das freilich ganz anders. In einem Artikel der «Basler Zeitung» mit dem vielsagenden Titel «*Das Volk als Plage des Neoliberalismus*» dreht er den Spieß um: «Neoliberalismus und Rechtspopulismus» (BaZ 10.5.04) stünden «nur in einem scheinbaren Widerspruch. Beide werden als Vorwand zur politischen Machtbewahrung benutzt... Den neoliberalen, rechtspopulistischen Reformern fehlt es an einer wirklich motivierenden Gesellschaftsvision.»

Fazit: Kasperletheater mit pseudoreligiöser Begründung

Genug. Mein Fazit lautet, lapidar formuliert: Die Ideologie der (neo)liberalen kapitalistischen globalisierten Marktwirtschaft, wie G.S. sie beispielhaft formuliert, ist demokratiefeindlich, pseudoreligiös und mit ihrem Anspruch, eine «pensée unique» unabänderlicher Marktgesetze zu sein, totalitär. Der Mensch wird in dieser Philosophie zur unmündigen Marionette an Schnüren, die wie im Kasperletheater von einer *unsichtbaren Hand* gezogen werden. In der Theorie von *Adam Smith* ist diese unsichtbare Hand kaum verhüllt die Hand Gottes.¹¹ Die Ideologie des Wirtschaftsliberalismus ist eine Pseudoreligion. Sie hat sich gegen die Erkenntnis einer kritischen Philosophie immunisiert, dass es nach dem Tod der Metaphysik keine objektive Letztbegründung geben kann. Die Theorie der «unsicht-

baren Hand» erhebt jedoch den Anspruch, Kenntnis von einer solchen Letztbegründung zu haben, jedenfalls was das Wirtschaftssystem betrifft.

Ein Emmentaler Pfarrer namens *Albert Bitzios*, der sich als Schriftsteller *Jeremias Gotthelf* nannte, hat das Problem der unsichtbaren Hand dialektischer gesehen: Sie erscheint bei ihm nicht nur als Hand Gottes, sondern auch als die des Teufels. In seiner berühmten Erzählung «Die schwarze Spinne» gehen die Bauern einen Pakt mit dem Teufel ein: Sie sind bereit, diesem die Seele eines ungetauften Kindes zu überlassen, wenn er verspricht, ihnen in ihrem schweren Existenzkampf beizustehen. Der Pakt wird geschlossen, und der Teufel hält Wort: «Schön und hell war der Morgen..., die Äxte hieben noch einmal so scharf als sonst..., kein Wagen brach mehr, das Vieh war willig und stark und die Menschen geschützt vor jedem Unfall, wie durch eine unsichtbare Hand.» Die Ritter waren natürlich überrascht, dass den Bauern plötzlich alles so gut gelang, und wollten das «ergründen», indem sie «Knappen zur Wache sandten». Aber wiederum hielt der Teufel Wort: «Die (Knappen) fand man des Morgens halb tot in Gräben, wohin eine unsichtbare Hand sie geschleudert.»

Die Demokratie sollte der unsichtbaren Hand der Neoliberalen vorsichtshalber etwas auf die Finger sehen. ●

¹ Marx/Engels, Werke, Bd. 3, S. 33.

² Max Weber, Grundriss der Sozialökonomik, III. Abt., I. Halbbd., 3. Aufl., Tübingen 1947, S. 365.

³ Vortrag am 26.1.1998 (Manuskript)

⁴ Philosophisches Wörterbuch, hg. von G. Schischkoff, Stuttgart 1965.

⁵ Hier zitiert nach der Ausgabe Leipzig 1892.

⁶ A.a.O., S. 14.

⁷ A.a.O., S. 210.

⁸ A.a.O., S. 298f.

⁹ A.a.O., S. 367.

¹⁰ Max Weber, Ges. Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. I, Tübingen 1920, S. 641.

¹¹ Vgl. Hans Christoph Binswanger, Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen, München 1998.